

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den Oberbürgermeister
der Stadt Bochum

Herrn Thomas Eiskirch

Rathaus, Zi. 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295 / -1296
Fax: 0234 – 910 1297
eMail: linksfraktion@bochum.de
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 21. September 2018

Änderungsantrag zur 40. Sitzung des Rates am 27. September 2018 zu TOP 2.3, Vorlage 20182455

Der Rat der Stadt Bochum möge den Antrag wie folgt ändern:

Emissionsentlastung der Herner Straße

Der Rat möge beschließen, den Empfehlungen des „Green City Plans“ zu folgen: Auf der Herner Straße wird im vierspurig ausgebauten Bereich jeweils eine Spur in jede Fahrtrichtung zu einer Rad-Bus-Spur umgewidmet. Gleichzeitig wird die Höchstgeschwindigkeit auf der Herner Straße auf 30 km/h begrenzt. Darüber hinaus wird zur weiteren Reduzierung der Verkehrsmengen auf der Herner Straße das Angebot des ÖPNV verbessert, indem eine dreiminütige Taktung der U35 angestrebt wird.

Begründung:

Oberstes Prinzip muss die Vermeidung von gesundheitlichen Belastungen für die Anwohner*innen im Umkreis der Herner Straße sein.

In der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität vom 10. Juli 2018 wurde der „Green City Plan Bochum“ des raumkom Instituts vorgestellt. Aus dem von der Stadt Bochum in Auftrag gegebenen Gutachten geht hervor: Um die im deutschen Umweltrecht verbindlich vorgeschriebene Einhaltung des Jahres-EU-Grenzwerts für Stickstoffdioxid zu erreichen, sind an der Herner Straße kurzfristig zwei Maßnahmen erforderlich:

1. Umwidmung der rechten Fahrspuren zu Spuren nur für Fahrräder und Busse (sowie ggf. für E-Fahrzeuge)
2. Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h auf der verbleibenden Fahrspur für Pkw und Lkw

Das Gutachten weist ausdrücklich darauf hin, dass nur die Kombination beider Maßnahmen ausreichend wirkungsvoll ist und auch mit keiner anderen denkbaren Maßnahme kurzfristig gesetzeskonforme Emissionswerte auf der Herner Straße erreicht werden können. Die kurzfristige Umsetzung beider Maßnahmen ist also erforderlich, um gerichtlich angeordnete Fahrverbote zu vermeiden.

Gültaze Aksevi / Ralf-D. Lange
Fraktionsvorsitzende